

Aufforderung zur Einreichung von Teilnahmeanträgen

EU-weite Auftragsvergabe der Stadtwerke Ratingen GmbH

—

Planungsleistungen für das aus Mitteln der Bundesförderung für effiziente
Wärmenetze (BEW) – Modul 1 – geförderte Teilprojekt
„Ratingen West & Innenstadt“



Los I: Erzeugungsanlagen

Los II: Wärmenetz

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Frist für Bieterfragen: 17.07.2026

Frist zur Einreichung von Teilnahmeanträgen: 28.07.2026, 14.00 Uhr

*Hinweis: Die Bereitstellung des **Anlagenkonvoluts 6** erfolgt gegen Vorlage einer unterzeichneten Vertraulichkeitserklärung (**Anlage 7**)*

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Aufforderung zur Einreichung von Teilnahmeanträgen	3
A. Kurzbeschreibung des Projekts	3
B. Vorbereitungen der Auftraggeberin	3
C. Gesondert vergebene Leistungen	5
D. Verfahrensart	5
E. BEW-Förderung	5
F. Ablauf des Verfahrens	6
I. Losweise Vergabe	6
II. Vorbehalt des Zuschlags auf Erstangebote	6
III. Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb	6
1. Teilnahmewettbewerb	6
2. Verhandlungsverfahren	6
IV. Form und Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge	7
V. Bieterfragen	8
VI. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	8
G. Eignungsprüfung	8
I. Beschränkung des Teilnehmerkreises	9
II. Einsatz von Subunternehmern und Eignungsleihe	9
III. Bietergemeinschaften	9
H. Aufforderung zur Einreichung von Teilnahmeanträgen	10
I. Im Teilnahmewettbewerb einzureichende Unterlagen	10
II. Informatorisch beigelegte Dokumente	10
I. Vertragsentwürfe	10
J. Wertungskriterien	10
K. Bieterkonzepte	10
L. Stufenweise Beauftragung des Planers	11
M. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	11
N. Vertraulichkeit des Vergabeverfahrens	11
O. Ausschluss von Interessenkonflikten	12
P. Aufwandsentschädigung	12
Q. Nachprüfung des Vergabeverfahrens	12
R. Datenschutzklausel	13
Teil 2 Anlagenverzeichnis	14

Teil 1 Aufforderung zur Einreichung von Teilnahmeanträgen

A. Kurzbeschreibung des Projekts

Die Stadtwerke Ratingen GmbH (nachfolgend: „**Auftraggeberin**“) ist Betreiberin eines Fernwärmenetzes in Ratingen mit derzeit 675 angeschlossenen Gebäuden bei einer Netzlänge von rund 27,6 km. Die Wärmeerzeugung erfolgt auf Basis von vier erdgasbefeuelten Blockheizkraftwerken (BHKW) sowie vier Erdgaskesseln mit einem jährlichen Wärmeabsatz von rund 66 GWh.

Für den Netzgebietsteil „*Ratingen West & Innenstadt*“ beabsichtigt die Auftraggeberin den schrittweisen Umstieg hin zu einer Dekarbonisierung der Wärmeerzeugung, um die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen, insbesondere der angestrebten Treibhausgasneutralität bis spätestens 2045, zu erfüllen durch:

- Integration erneuerbarer Wärmeerzeugung
- Reduktion fossiler Energieanteile
- Optimierung des Netzbetriebs
- Erweiterung und Verdichtung des Versorgungsgebiets

Hierzu wird derzeit auf Basis der „*Bundesförderung für effiziente Wärmenetze* (BEW Modul 1) ein sog. Transformationsplan (Leistungsphase 1) ausgearbeitet. Bislang vorgesehen ist hiernach im Wesentlichen die Installation einer Wärmepumpenkaskade, bestehend aus Luft-Wasser- und Wasser-Wasser-Wärmepumpen, mit einer thermischen Leistung von ca. 3,5 MW. Zudem sollen zwei der vier vorhandenen BHKW-Module erneuert werden, die Netzverdichtung durch Netzerweiterung von rund 1,5 km, Optimierung bestehender Infrastruktur sowie Installation von ca. 40 Hausanschlüssen vorangetrieben werden.

Die vorliegende, auf zwei Lose aufgeteilte, Ausschreibung dient der Beauftragung eines Dienstleisters (nachfolgend: „**Auftragnehmer**“), der – aufbauend auf den Arbeitsergebnissen aus Leistungsphase 1 – die technische und bauliche Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen (Leistungsphasen 2 bis 8) plant bzw. überwacht. Gegenstand der in **Los I** zusammengefassten Planerleistungen ist die Planung und Integration neuer Wärmeerzeugungsanlagen (Fachplanung Technische Ausrüstung – Anlage 15 zu § 55 Abs. 3 HOAI). Gegenstand der zu vergebenden Leistungen in **Los II** ist die Planung der Erweiterung, Verdichtung und Optimierung des bestehenden Fernwärmenetzes (Objektplanung Ingenieurbauwerke – Anlage 12 zu § 43 HOAI sowie Nebenleistungen Fachplanung Technische Ausrüstung – Anlage 15 zu § 55 Abs. 3 HOAI).

Die Beauftragung in beiden Losen erfolgt aus förderrechtlichen Gründen stufenweise, zunächst beschränkt auf die Leistungsphasen 2 bis 4. Einzelheiten zum Projekt und Leistungsumfang je Los sind insbesondere der Projektbeschreibung (**Anlage 2**) sowie der im Entwurf beigefügten Verträge über Ingenieurleistungen (**Anlage 1a** – Los I bzw. **Anlage 1b** – Los II) zu entnehmen.

B. Vorbereitungen der Auftraggeberin

Im Vorfeld des Vergabeverfahrens wurden die nachfolgend aufgeführten Unterlagen im Rahmen von Machbarkeits-, Vor- und Grundlagenuntersuchungen erstellt. Ziel dieser Untersuchungen war es, die

grundsätzliche technische, wirtschaftliche und genehmigungsrechtliche Umsetzbarkeit der Transformation der Wärmeversorgung im Fernheizwerk Ratingen West zu bewerten und die Eignung des vorgesehenen Maßnahmenpaketes für eine weitere Projektverfolgung zu prüfen. Die Untersuchungen dienen insbesondere der Vorbereitung des Transformationsprozesses sowie der Erarbeitung der Projektgrundlagen im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW-Modul 1). Der Transformationsplan im Rahmen des BEW-Modul 1 befindet sich derzeit noch in Bearbeitung. Aus diesem Grund liegen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Vergabeunterlagen noch keine abschließend abgestimmten oder belastbaren Arbeitsergebnisse vor. Die bereitgestellten Unterlagen stellen daher keine abschließende Planung dar und begründen auch keine Vorfestlegung der im Rahmen der ausgeschriebenen Leistungen zu entwickelnden Lösungen. Sämtliche Ergebnisse, Annahmen und Empfehlungen sind durch den Auftragnehmer im Rahmen der beauftragten Planungsleistungen eigenständig zu prüfen, zu bewerten und fortzuschreiben. Die Bereitstellung der Unterlagen erfolgt ausschließlich zur Information der Bieter sowie zur Herstellung eines einheitlichen Kenntnisstandes über die bisher gewonnenen Erkenntnisse und Projektgrundlagen.

Den Teilnehmern werden insoweit im **Anlagenkonvolut 6** die folgenden Unterlagen bereitgestellt. Voraussetzung für die Einsicht in das Anlagenkonvolut ist zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsbeziehungen die Unterzeichnung und Rücksendung der als **Anlage 7** beigefügten Vertraulichkeitserklärung über die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals:

1. Machbarkeitsuntersuchung Dekarbonisierung der Wärmeversorgung FHW Ratingen West bis 2030, Fernheizwerk Ratingen West
2. Projektskizze Antrag BEW Modul 1 Transformationsplan Fernwärmenetz Ratingen-West und Innenstadt (Leistungsphase 1) (Stand: 03.02.2025)
3. Platzbedarfsuntersuchung Wärmepumpe FHW-Ratingen West
4. Gutachten zur Ermittlung und Beurteilung der Geräuschimmissionen bei der benachbarten Bebauung durch die Erweiterung der bestehenden Wärmeerzeugungsanlage des Fernheizwerks Ratingen-West (Stand: 07.03.2025)
5. Statische Berechnung, Bauvorhaben: Außengeräte auf dem Flachdach, Dechenstr. 45, 40878 Ratingen (Stand: 10.04.2025)
6. Prüfbericht Nr. 1 nach § 12 Abs. 1 SV-VO zur BauO NRW über die Prüfung der Standsicherheit und des statisch-konstruktiven Brandschutzes, Bauvorhaben: Aufstellung Außengeräte auf dem Flachdach, Dechenstr. 45, 40878 Ratingen (Stand: 10.04.2025)

Aktuelle hydraulische Netzberechnungen und Betriebsdaten des Fernwärmenetzes werden den Auftragnehmern bei Bedarf und soweit für die Leistungserbringung erforderlich im Rahmen der Projektbearbeitung zur Verfügung gestellt.

C. Gesondert vergebene Leistungen

Nicht zum Leistungsbereich der Auftragnehmerin gehören die folgenden Planungsleistungen, die die Auftraggeberin auf Grundlage des § 2 Abs. 9 SektVO bzw. § 97 Abs. 4 GWB (sog. 80-/20-Regel) zur Projektumsetzung gesondert vergeben wird:

1. Leistungsbild Gebäude und Innenräume
2. Leistungsbild Tragwerksplanung
3. Schallimmissionsschutztechnische Untersuchungen

D. Verfahrensart

Bei dem Verfahren handelt es sich um ein Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb nach §§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 SektVO.

E. BEW-Förderung

Die Auftraggeberin ist Begünstigte der „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“. Gegenstand der bewilligten Förderung waren bislang Planungsleistungen der Leistungsphase 1 (Transformationsplan). Zudem wurde die Förderung hinsichtlich der Leistungsphasen 2 bis 4 kürzlich aufgestockt.

Der Zuwendungsbescheid vom 24.09.2025 in Gestalt der Änderungsbescheide vom 04.05.2026 sowie vom 13.05.2026 des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wird Bewerbern in teilgeschwätzter Fassung als **Anlagenkonvolut 4** ausgereicht. In Bezug auf die zu vergebenden Planungsleistungen der Leistungsphasen 5 bis 8, die als Leistungsstufe II in diesem Verfahren abgerufen werden können, wird die Auftraggeberin einen weiteren Antrag auf Förderung (voraussichtlich nach BEW-Modul 2 – Systemische Förderung) stellen. Gleichwohl hat sich die Auftragnehmerin, zur Gewährleistung einer kontinuierlichen und kohärenten Gesamtplanung bzw. -überwachung sowie zur Vermeidung wiederholter Vergabeaufwendungen entscheiden, die Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 8 schon jetzt zum Gegenstand der ausgeschriebenen Beauftragung zu machen.

Zur Vermeidung eines sog. vorzeitigen Maßnahmenbeginns steht die Beauftragung der Leistungsstufe 2 (Leistungsphasen 5 bis 8) unter dem Vorbehalt einer weiteren Förderzusage. Im Falle einer positiven Förderzusage wird die Auftraggeberin vor Abruf der Leistungen die entsprechenden Zuwendungsbescheide an den Auftragnehmer ausreichen, die dann ergänzend Grundlage der Leistungserbringung sind.

Die maßgeblichen Förderbestimmungen (Richtlinien, Bedingungen, Auflagen und jeweils gültige BEW-Merkblätter), bilden die Grundlage der Finanzierung des Projektes. Deren Einhaltung ist daher Voraussetzung der Leistungserbringung sowohl mit Blick auf die Leistungsstufe I (Leistungsphasen 2 bis 4) als auch, um den zukünftigen Erhalt von Fördermitteln in Leistungsstufe II (Leistungsphasen 5 bis 8) im BEW Modul 2 sicherzustellen.

F. Ablauf des Verfahrens

Das Verfahren ist zweistufig ausgestaltet. Die Bieter sind zunächst aufgefordert, Teilnahmeanträge einzureichen. Nach der Feststellung der Eignung der Bieter werden diese zur Abgabe von verbindlichen Erstangeboten aufgefordert, die sodann verhandelt werden können. Anschließend erfolgt – vorbehaltlich der Möglichkeit weiterer Verhandlungsrunden – die Abfrage finaler verbindlicher Angebote. Im Einzelnen gestaltet sich das gewählte Verfahren wie folgt:

I. Losweise Vergabe

Die Ausschreibung ist in **zwei Lose** aufgeteilt:

- Los I: Erzeugungsanlagen
- Los II: Wärmenetz

Die Einreichung eines Teilnahmeantrags für mehrere Lose des Vergabeverfahrens ist zulässig.

II. Vorbehalt des Zuschlags auf Erstangebote

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Leistungen beider Lose auf der Grundlage der abgefragten Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (§ 15 Abs. 4 SektVO).

III. Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb

1. Teilnahmewettbewerb

- Aufruf zum Teilnahmewettbewerb durch EU-weite Bekanntmachung
- Einreichung der Teilnahmeanträge bis zum Ende der Teilnahmefrist
- Prüfung der Teilnahmeanträge, Feststellung der Eignung
- Ggf. Beschränkung des Teilnehmerkreises auf 3-5 Bieter

2. Verhandlungsverfahren

- Aufforderung der Bieter zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebotes
- Abgabe der verbindlichen Erstangebote
- Prüfung der Erstangebote durch die Vergabestelle, Vorbereitung der Verhandlungsphase
- *Ggf. Zuschlag auf das Erstangebot*
- *[Falls kein Zuschlag auf das Erstangebot erfolgt]* Verhandlungsphase: Es findet mit den einzelnen Bietern mindestens ein Verhandlungsgespräch statt. Hierbei erhalten die Bieter die Gelegenheit, sich und ihr Angebot vorzustellen bzw. zu erläutern und mit der Auftraggeberin zu

verhandeln. Falls die Auftraggeberin weiteren Verhandlungsbedarf sehen sollte, wird sie die Bieter diskriminierungsfrei zu weiteren Verhandlungen einladen.

- Aufforderung zur finalen verbindlichen Angebotsabgabe: Nach Abschluss der Verhandlungen wird die Auftraggeberin die Bieter zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes auffordern.
- Prüfung und Wertung der finalen Angebote: Die abgegebenen finalen verbindlichen Angebote werden geprüft und gewertet, und anhand der Wertungskriterien wird eine Bieterreihenfolge ermittelt.
- Die Bieter, die den Zuschlag nicht erhalten sollen, werden vor Zuschlagserteilung auf elektronischem Wege informiert.
- Erteilung des Zuschlags auf das wirtschaftlichste Angebot durch Zuschlagsschreiben an den betreffenden Bieter.

IV. Form und Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge

Es ist nur eine elektronische Abgabe von Teilnahmeanträgen über den entsprechenden Bereich im Projektraum auf der Vergabepattform zugelassen (keine Briefpost). Die elektronische Abgabe darf hinsichtlich einer elektronischen Unterschrift

- mit qualifizierter elektronischer Signatur (Signaturkarte mit Lesegerät) oder
- mit fortgeschrittener elektronischer Signatur (softwaregestützte Signatur) oder
- in Textform nach § 126b BGB

erfolgen.

Wir fordern Sie auf, Ihren Teilnahmeantrag bis spätestens zum

28.07.2026, 14:00 Uhr

elektronisch zu übermitteln.

Teilnahmeanträge, welche nach diesem Termin eintreffen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Bieter werden gebeten, darauf zu achten, den Teilnahmeantrag im hierfür vorgesehenen Bereich der Vergabepattform einzureichen, da nur dann die notwendige verschlüsselte Übermittlung gewährleistet ist. Im Falle von technischen Schwierigkeiten sind die Bieter gehalten, den Support der Vergabepattform in Anspruch zu nehmen.

Eine Einreichung per E-Mail, Fax oder auf dem Postweg ist nicht fristwährend. Wir bitten außerdem ausdrücklich von einer zusätzlichen Übersendung per E-Mail oder Post abzusehen, da diese Art der Kommunikation die Anforderungen der §§ 43 f. SektVO nicht erfüllt.

Der Teilnahmeantrag ist in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer anderen Sprache verfasst ist, soll eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder vereidigten Übersetzer angefertigte deutsche Übersetzung beigelegt werden. Die Auftraggeberin behält sich vor, nicht diesen Vorgaben entsprechende Schriftstücke bei der Auswertung nicht zu berücksichtigen, sofern die beteiligten Mitarbeiter der Auftraggeberin sie nicht problemlos, zweifelsfrei und vollständig verstehen können sollten.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind nicht zulässig. Bei Rückfragen zur sachgerechten Befüllung der zur Verfügung gestellten Anlagen sind Bieterfragen hierzu zu stellen, damit die Vergabestelle auf mögliche Unklarheiten rechtzeitig vor Ablauf der Teilnahmefrist reagieren kann.

Die Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote findet ohne die Bieter statt.

V. Bieterfragen

Sollten Sie Rückfragen zu den Vergabeunterlagen haben, sind diese schriftlich auf elektronischem Wege über das Vergabeportal an die Vergabestelle zu richten. Fragen können bis zum

17.07.2026

gestellt werden. Bitte nutzen Sie für Bieteranfragen ausschließlich den für verschlüsselte Kommunikation vorgesehenen Bereich der elektronischen Plattform. Telefonische Anfragen bzw. Anfragen, die per E-Mail oder Fax eingehen, sind nicht zulässig und werden nicht berücksichtigt.

Bieterfragen werden für alle Bieter einheitlich beantwortet. Sofern aus der Formulierung einer Rückfrage Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, bitten wir um eine gesonderte Kennzeichnung. Ohne eine entsprechende Kennzeichnung wird der Inhalt einer Rückfrage allen am Verfahren beteiligten Bewerbern/Bietern zur Kenntnis gebracht.

Eine Nachricht im Vergabeportal gilt als zugegangen, wenn sie in den Projektraum eingestellt wurde. Als für die Ausschreibung registriertes Unternehmen erhalten sie automatisch eine Information über diese Nachrichten. Schauen Sie bitte trotzdem regelmäßig selbst in den Projektraum, um mögliche Nachrichten der Vergabestelle nicht zu übersehen.

VI. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen, einschließlich der Leistungsbeschreibung, nach Ihrer Auffassung Unklarheiten oder Widersprüche, haben Sie die Auftraggeberin oder die oben genannte Kontaktstelle vor Einreichung der Teilnahmeanträge unverzüglich über die Vergabeplattform darüber zu informieren. Die Auftraggeberin haftet nicht für die Vollständigkeit der übergebenen Ausschreibungsunterlagen.

G. Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung, erfolgt auf Basis der in **Anlage 8** aufgeführten Eignungskriterien. Die Eigenerklärungen sind durch die Teilnehmer selbst bzw. unter Verwendung des in **Anlage 10** enthaltenen Referenzformblattes zu erstellen. (Fremd-)Nachweise sind insoweit nicht erforderlich.

Die erforderlichen Eignungsnachweise sind für sämtliche Lose gleichermaßen zu erbringen.

Für die ausgeschriebenen Lose I und II gelten bei gleichen Eignungskriterien unterschiedliche Mindestanforderungen (vgl. hierzu **Anlage 8**).

Zu berücksichtigen ist, dass die Mindestanforderungen für eine gleichzeitige Bewerbung auf beide Lose höher liegen, um die Gesamtleistungsfähigkeit sicher zu stellen. Erfüllt ein Unternehmen bei einer Bewerbung auf beide Lose nur die Anforderungen eines einzelnen Loses, wird der Teilnahmeantrag ausschließlich für dieses Los gewertet. Erfüllt ein Unternehmen zwar jeweils die Anforderungen der einzelnen Lose, jedoch nicht die erhöhten Anforderungen für beide Lose zugleich, erfolgt die Wertung nur für das Los, das im Vorblatt zum Teilnahmeantrag (**Anlage 9**) als priorisiert angegeben wurde.

Die Auftraggeberin behält sich vor, sämtliche geforderte Eignungsnachweise unter Einhaltung des Wettbewerbs- sowie des Gleichbehandlungsgrundsatzes von den beteiligten Unternehmen nachzufordern. Wird ein Eignungsnachweis nach ggf. erfolgter Nachforderung nicht, nicht rechtzeitig oder unvollständig eingereicht, führt dies zum Ausschluss aus dem Verfahren (§ 57 Abs. 1 VgV analog).

Sollten sich Änderungen hinsichtlich der vorgelegten Erklärungen und Nachweise, der dargestellten Lage oder Verhältnisse nach Einreichung des Teilnahmeantrags ergeben, ist dies der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.

I. Beschränkung des Teilnehmerkreises

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Anzahl der Teilnehmer am Vergabeverfahren gem. § 45 Abs. 3 Satz 1 SektVO auf 3-5 Bieter zu beschränken; die Kriterien hierfür ergeben sich aus **Anlage 8**.

II. Einsatz von Subunternehmern und Eignungsleihe

Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist zulässig. Unterauftragnehmer sind spätestens bei Angebotsabgabe zu benennen.

Bezieht sich der Bewerber bei der Darlegung seiner Leistungsfähigkeit auf die Fähigkeiten eines Unterauftragnehmers (Eignungsleihe), so muss eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers vorgelegt werden, wonach ihm dessen sachliche und/oder personelle Mittel im Fall einer Auftragserteilung zur Verfügung stehen [*Anlage ist selbst zu fertigen*].

III. Bietergemeinschaften

Bei der Bewerbung von Bietergemeinschaften haben diese gemeinsam mit Ihrem Teilnahmeantrag eine Aufstellung der Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters sowie eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung einzureichen, dass der bevollmächtigte Vertreter die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Ein entsprechendes Formular ist den Ausschreibungsunterlagen als **Anlage 11** beigelegt.

H. Aufforderung zur Einreichung von Teilnahmeanträgen

Alle am Vergabeverfahren interessierten Unternehmen, die die Eignungskriterien erfüllen, werden hiermit unter Beachtung der nachfolgenden Bestimmungen zur Abgabe eines Teilnahmeantrags aufgefordert:

I. Im Teilnahmewettbewerb einzureichende Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden Unterlagen einzureichen:

- (1) Vorblatt zum Teilnahmeantrag (**Anlage 9**)
- (2) Eignungsunterlagen gem. Punkt G. (ggf. unter Verwendung der dort genannten Anlagen)

II. Informatorisch beigelegte Dokumente

Damit interessierte Unternehmen beurteilen können, ob die Einreichung eines Teilnahmeantrags für sie infrage kommt, sind den Ausschreibungsunterlagen bereits die nachfolgenden Dokumente beigelegt, die voraussichtlich Grundlage der im nächsten Verfahrensschritt abgefragten Angebote werden sollen.

- (1) Projektbeschreibung und Leistungsverzeichnisse (Los I und II) (**Anlage 2**)
- (2) Vertrag über Ingenieurleistungen (Los I: **Anlage 1a** bzw. Los II **Anlage 1b**)
- (3) Preisblatt (**Anlage 3a** - Los I bzw. **Anlage 3b** - Los II)
- (4) Förderbescheide (**Anlagenkonvolut 4**)
- (5) Wertungskriterien (**Anlage 5**)

I. Vertragsentwürfe

Der vorstehend aufgeführten Entwürfe eines Vertrags über Ingenieurleistungen (**Anlage 1a** - Los I, bzw. **Anlage 1b** - Los II) dienen als Grundlage für die Erstangebotsabfrage. Die Auftraggeberin behält sich Änderungen ausdrücklich vor, die allen Bietern im Rahmen der Angebotsabfrage bekannt gemacht werden.

J. Wertungskriterien

Eine Übersicht zu den Wertungskriterien einschließlich Hinweisen zur jeweiligen Bewertungsmethodik für die Bewertung der im zweiten Verfahrensschritt abgefragten Angebote ist als **Anlage 5** beigelegt.

K. Bieterkonzepte

Die Auftraggeberin wird zur Bewertung der voraussichtlichen Qualität, der durch die Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen, im zweiten Verfahrensschritt von diesen Konzepten abfragen, die als Anlage zu den Verträgen genommen werden.

L. Stufenweise Beauftragung des Planers

Die Beauftragung des Planers erfolgt in jedem Los stufenweise:

- Stufe I: Leistungsphasen 2-4 (HOAI)
- Stufe II: Leistungsphase 5-8 (HOAI)

Beauftragt werden mit Abschluss des Vertrags über Ingenieurleistungen zunächst nur die Leistungen der Leistungsstufe I. Es besteht keine Verpflichtung der Auftraggeberin, die Leistungsstufe II abzurufen.

Zur Wahrung des grundsätzlichen Verbots des vorzeitigen Maßnahmenbeginns (vgl. VV 1.3 zu § 44 BHO) werden die Leistungen der Leistungsstufe II erst dann abgerufen, wenn über den Förderantrag für diese Leistungen der Leistungsphasen 5 bis 8 (HOAI) positiv beschieden worden ist. Die Auftraggeberin behält sich eine Anpassung und Fortschreibung des Stufenabrufs hinsichtlich dieser Projektstufen ausdrücklich vor.

M. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich oder rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften. Auf die Vorschrift des § 298 StGB weisen wir hin.

N. Vertraulichkeit des Vergabeverfahrens

Die Bieter sind verpflichtet, während und nach der Durchführung oder Beendigung des Vergabeverfahrens die Verdingungsunterlagen sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Auftraggeberin geheim zu halten. Diese Verpflichtung gilt örtlich und zeitlich unbeschränkt und auch gegenüber Unternehmen, die mit dem Bieter verbunden sind.

Das vom Bieter beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für alle vom Bieter im Zusammenhang mit diesem Verfahren beauftragten Unternehmen und deren Mitarbeiter.

Bitte kennzeichnen Sie sämtliche Angebotsbestandteile, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten. Die Auftraggeberin ist nicht verpflichtet, im Falle eines Nachprüfungsverfahrens weitergehende Kennzeichnungen über eventuelle Geheimhaltungsbedürfnisse an den Angeboten der Bieter vorzunehmen. Die angebotenen Preise werden allerdings grundsätzlich geschwärzt. Bieter, welche den Zuschlag nicht erhalten, müssen sämtliche Unterlagen (einschließlich eventuell angefertigter Kopien) auf Verlangen der Auftraggeberin zurückgeben.

O. Ausschluss von Interessenkonflikten

Die Auftraggeberin erfüllt ihre Pflicht, bei der Durchführung des Verfahrens Interessenkonflikte auszuschließen. Personen, die ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse haben, das ihre Unparteilichkeit und Unabhängigkeit im Rahmen des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte, sind an der Durchführung des Vergabeverfahrens nicht beteiligt und können auch keinen Einfluss auf den Ausgang des Vergabeverfahrens nehmen.

Die Auftraggeberin wurde bzw. wird bei der Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens rechtlich durch die Kanzlei Becker Büttner Held Rechtsanwälte Steuerberater Unternehmensberater PartGmbH, Pfeuferstraße 7, 81373 München, federführend durch die Rechtsanwälte Axel Kafka, Marco Metz und Arnulf Mallmann beraten. Das mit der Vorplanung und Transformationsplanung (Leistungsphase 1) beauftragte Unternehmen, war an der Vorbereitung und ist an der Durchführung des Vergabeverfahrens nicht beteiligt.

P. Aufwandsentschädigung

Für die Erarbeitung und Einreichung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote steht den Bietern kein Anspruch auf Entschädigung ihres Aufwandes zu. Für Anlagen, die vom Bieter angefordert oder dem Angebot beigelegt werden, werden keine Kosten ersetzt. Kosten bzw. Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Verfahrens entstehen, werden nicht erstattet. Wenn keine Vergabe erfolgt, gleich aus welchem Grund, sind Entschädigungsansprüche der Bieter ausgeschlossen.

Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bietern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen usw. gehen in das Eigentum der ausschreibenden Stelle über. Die Rechte des Bieters an dem in diesen Unterlagen enthaltenen geistigen Eigentum bleiben unberührt.

Q. Nachprüfung des Vergabeverfahrens

Zur Nachprüfung des Vergabeverfahrens können Sie sich an die

Vergabekammer Westfalen
Albrecht-Thaer-Straße 9
48147 Münster
Deutschland
Telefon: +49 (0) 251 4111691
Fax: +49 (0)251 411-2165
vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de wenden.

Auf die Vorschriften der §§ 160 ff. GWB weisen wir hin. Gemäß § 160 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist unter anderem unzulässig, soweit:

- 1) der Antragssteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb

einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,

- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

R. Datenschutzerklärung

Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung ihres Angebotes. Bitte berücksichtigen Sie dazu auch die als **Anlage 12** beigefügte Information zur DSGVO. Soll Ihr Angebot angenommen werden, so werden die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über Ihren Namen vor dem Vertragsschluss informiert. Mit Angebotsabgabe erklären Sie sich mit der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten einverstanden.

Teil 2 Anlagenverzeichnis

Anlage 1a / 1b:	Vertrag über Ingenieurleistungen im Entwurf (Los I bzw. - II)
Anlage 2:	Projektbeschreibung und Leistungsverzeichnisse
Anlage 3a / 3b:	Preisblatt (Los I bzw. Los II)
Anlagenkonvolut 4:	Förderbescheide
Anlage 5:	Wertungskriterien
Anlagenkonvolut 6:	Vorbereitende Unterlagen
Anlage 7:	Vertraulichkeitserklärung
Anlage 8:	Eignungskriterien und Kriterien zur Begrenzung des Teilnehmerkreises
Anlage 9:	Vorblatt zum Teilnahmeantrag
Anlage 10:	Eigenerklärung zur Eignung
Anlage 11:	Bietergemeinschaftserklärung
Anlage 12:	Information DSGVO